



Parteien-Check zur Europawahl 2024

WWF Österreich, März 2024

Europawahl 2024: Die Parteien im Umwelt-Check

Im Vorfeld der Europawahl hat der WWF als Umweltschutzorganisation 15 Fragen an die im EU-Parlament vertretenen österreichischen Parteien gestellt – von den Klimazielen über den Naturschutz bis zum Abbau umweltschädlicher Subventionen.

Nicht erst seit dem Startschuss für den Green Deal ist klar: Die Europäische Union spielt eine Schlüsselrolle im Umweltschutz. Für immer mehr Themen stellt sie wichtige Weichen, häufig ambitionierter als in Österreich. Vor den EU-Parlamentswahlen am 9. Juni 2024 hat der WWF daher die Parteien nach ihren Plänen für die nächsten fünf Jahre befragt. **SPÖ, FPÖ, Grüne und NEOS haben alle 15 Fragen mit mehreren Antwortmöglichkeiten transparent beantwortet, während die ÖVP keine eigenen Antworten übermittelt hat.** Daher basiert ihre Einstufung auf einer Analyse ihrer Positionen und dem Wahlprogramm ihrer EU-Fraktion¹.

Drei von fünf Parteien wollen Green Deal verstärken

Die erste WWF-Frage dreht sich um den richtungsweisenden [Green Deal](#): „Setzt sich Ihre Partei dafür ein, den Europäischen Green Deal in den nächsten fünf Jahren aufrechtzuerhalten, indem sie seiner Umsetzung höchste Priorität einräumt und zusätzliche und stärkere EU-Klima- und Umweltvorschriften unterstützt, um die mit dem Green Deal eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen?“ Mit SPÖ, Grünen und NEOS bejahen das drei von fünf Parteien und versprechen in ihrer Antwort, den Green Deal mit „zusätzlichen und stärkeren“ Maßnahmen fortzusetzen. Die ÖVP hat das Programm lange mitgetragen, aber auch kritisiert und gegen zentrale Vorschläge gestimmt. Ihre einflussreiche Parteienfamilie (EVP) bekennt sich in ihrem Wahlmanifest zumindest zur weiteren Umsetzung des Programms, obwohl auch sie viele Umwelt-Fragen offenlässt. Nur die FPÖ lehnt den Green Deal generell ab und fordert in ihrer Antwort eine „Abkehr“ davon.

Green Deal und Klima	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	NEOS
Green Deal als Priorität sichern & stärken	!	✓	✗	✓	✓
EU-Klimaneutralität bis 2040 verankern	?	!	✗	✓	!
EU-Ausstiegstermine für Kohle, Öl und Gas beschließen	✗	!	✗	✓	!
Umweltschädliche Subventionen abbauen	?	✓	✗	✓	!
Klimaresilienz-Gesetz beschließen	!	✓	✗	✓	✓

✓	Stimmt mit WWF-Forderungen überein	✗	Stimmt nicht überein
!	Stimmt teilweise überein	?	Antwort verweigert bzw. unklar

¹ Die Europäische Volkspartei (EVP) ist derzeit die größte Fraktion im EU-Parlament und ihre Positionen haben Gewicht, weshalb das EVP-Wahlprogramm auch bei der künftigen inhaltlichen Einordnung der ÖVP hilft. Zwar hat die ÖVP dem Wahlprogramm ihrer Parteifamilie beim EVP-Kongress nicht zugestimmt, aber die öffentlich erwähnten Gründe dafür waren im WWF-Fragebogen kein Thema.

Als Umweltschutzorganisation plädiert der WWF für eine deutliche Stärkung des Green Deal, um die Klimakrise und den Verlust der Artenvielfalt europaweit eindämmen zu können. Ansonsten hätte Europa mitten in dieser Zwillingsskrise keinen Plan und keine Strategie. „Der Green Deal stellt ein umfassendes Konzept für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen dar. Die künftige Kommission muss sich noch viel stärker dem sozial-ökologischen Umbau widmen“, schreibt die [SPÖ](#) in ihrer Antwort im WWF-Fragebogen. Die [Grünen](#) wollen einen „Green Deal 2.0“, der den bisherigen Kurs fortsetze und um soziale Aspekte ergänze. Neben Klimazielen gehe es „um Lebensqualität, intaktere Natur, gesunde Böden, sauberere Luft“. Die [NEOS](#) sehen den Green Deal als „entscheidendes Projekt unserer Generation“. Ambitionierte Ziele seien wichtig, entscheidend aber die Taten. Da der Horizont des Green Deal über 2030 hinausgehe, werde der Beschluss weiterer Bestimmungen auch in der nächsten Legislaturperiode notwendig sein. Die [FPÖ](#) kritisiert hingegen „Brüssels unrealistische Umweltpolitik“, die unter anderem Standort- und Wettbewerbsnachteile in Kauf nehme.

Große Unterschiede bei den Klimazielen

Beim Thema Klimaschutz zeigt die WWF-Umfrage konkrete Unterschiede. Die Grünen wollen die Klimaneutralität bereits bis 2040 im EU-Recht verankern, während SPÖ und NEOS die CO₂-Emissionen bis dahin zumindest um 90 Prozent reduzieren möchten. Die Grünen bejahen die Antwortoption für „rechtsverbindliche Zieltermine für den Ausstieg aus Kohle bis 2030, aus Erdgas bis 2035 und aus Erdöl bis 2040“, plädieren aber bei Öl und Gas für eine „gewisse Flexibilität für die Mitgliedstaaten“ - solange das Erreichen der Klimaneutralität 2040 sichergestellt sei. SPÖ und NEOS unterstützen ebenfalls fixe Ausstiegstermine, halten die konkreten Ziele jedoch für zu streng. Die Liberalen setzen zudem stark auf die europäische CO₂-Bepreisung. Flankierend könne *„der Ausstieg aus gewissen Technologien sinnvoll sein, wenn etwa sehr langfristige Investitionen getätigt werden müssen und die Preissignale noch nicht wirken“*. Die ÖVP hat zu diesen Fragen keine Antwort geschickt, ist aber bei vielen Sachthemen gegen gesetzliche Ausstiegstermine aus fossilen Energieträgern. Die FPÖ ist in ihrer Antwort gegen ein rechtsverbindliches 2040-Ziel und bezogen auf die Energieversorgung gegen *„jeglichen Eingriff mittels EU-Rechtsakten“*.

Aus WWF-Sicht erhöhen verbindliche wissenschaftsbasierte Ziele die Planungssicherheit und fördern Innovationen sowie effiziente Investitionen der Wirtschaft, was wiederum Arbeitsplätze schafft.

Umweltschädliche Subventionen im Visier

Allein Österreich gibt laut WIFO jährlich bis zu [sechs Milliarden Euro für umweltschädliche Subventionen](#) aus. Europaweit sind es hunderte Milliarden Euro. SPÖ und Grüne unterstützen auf WWF-Nachfrage den Beschluss neuer gesetzlicher Regeln, um die Subventionen für fossile Energie sowie weitere umweltschädliche Subventionen (EU-weit und national) schrittweise abzuschaffen und transformativ umzulenken. *„Mit den eingesparten Mitteln soll die klimafreundliche Mobilität für alle sichergestellt werden, indem in die Schiene und den Fuß- und Radverkehr investiert wird, und es sollen soziale Ausgleichs stattfinden“*, nennen die Grünen Beispiele. Auch die NEOS sind für den Abbau umweltschädlicher Subventionen, halten aber laut der von ihnen gewählten Antwortoption keinen zusätzlichen Rechtsrahmen für nötig. Vielmehr solle die EU mehr Druck auf die Mitgliedsländer machen. Gemeinsam mit einem ambitionierten CO₂-Preis erzeuge die Abschaffung der Subventionen *„eine Lenkungswirkung, mit der Emissionen dort eingespart werden, wo es am günstigsten ist“*, so die NEOS. Die FPÖ spricht sich generell dagegen aus. Von der ÖVP gibt es keine Antwort, öffentlich aber eine gut dokumentierte Ablehnung gegen Reformpläne - etwa gegen eine Ökologisierung der Pendelpauschale oder den Abbau des „Diesel-Privilegs“. Die Europäische Volkspartei (EVP) plädiert in ihrem Wahlmanifest immerhin für eine *„Abkehr von fossilen Brennstoffen, indem gemeinsam mit den Mitgliedstaaten ein Fahrplan für ein widerstandsfähiges Energiesystem mit schrittweisem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen entwickelt wird“*.

Als Umweltschutzorganisation empfiehlt der WWF in diesem Zusammenhang eine große öko-soziale Finanzwende: Umweltschädliche Subventionen müssen rasch abgebaut werden, während mehr Geld in den Klima- und Naturschutz fließt und die Politik einen sozial gerechten Übergang sicherstellt.

Klimaschutz mit der Natur

Europa ist laut der EU-Umweltagentur² nur unzureichend auf Klimarisiken vorbereitet. Daher ist auch die Anpassung an die Folgen der Erderhitzung relevant. In der WWF-Umfrage unterstützen SPÖ, Grüne und NEOS „den Beschluss neuer legislativer und nicht-legislativer Maßnahmen zur Klimaresilienz, die dem Einsatz und der Ausweitung von natur-basierten Lösungen Vorrang einräumen“. Hingegen sieht die FPÖ keinen Bedarf für zusätzliche EU-Maßnahmen. Das Manifest der EVP nennt Klimaanpassung als zentrale Aufgabe, schlägt aber nur nicht-legislative Maßnahmen vor, um die EU-Resilienz stärken – genannt werden ein Monitoring und ein Plan für die Nutzung, Wiederverwendung und Speicherung von Wasser. **Als Umweltschutzorganisation fordert der WWF ein verbindliches Maßnahmenpaket³ zur Stärkung natürlicher Schutzmaßnahmen, weil sie bisher noch nicht die nötige politische Priorität haben.** Dazu gehören etwa ein besserer Bodenschutz, die Renaturierung von Flüssen oder die Rettung von Mooren und Feuchtgebieten, damit diese mehr Wasser aufnehmen, filtern und speichern können. Ansonsten steigen die Anfälligkeit und Kosten durch Wetterextreme.

Biodiversität: Mehr Geld und verbindliche Ziele

Die Biodiversitätskrise ist auch in der EU akut. Nur 15 Prozent der Lebensräume von Tieren und Pflanzen befinden sich in einem guten Zustand. Zum Beispiel sind die Populationen von Feldvögeln und Wiesen-Schmetterlingen - beides wichtige Bestäuber von Pflanzen - seit Anfang der 1990er Jahre im Schnitt um über 30 Prozent eingebrochen. Aufgrund vieler negativer Trends fordert der WWF eine Aufstockung der gesamteuropäischen Investitionen in die Natur auf 50 Milliarden pro Jahr (derzeit rund 27 Milliarden), um die EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 umzusetzen. Zudem sollte es verbindliche Ziele für Schutzgebiete in allen EU-Ländern geben. SPÖ und Grüne unterstützen beide Forderungen. Auch die NEOS sind für verbindliche Ziele, möchten sich aber nicht auf eine konkrete Summe für Natur-Investitionen festlegen. Die FPÖ hält bei Schutzgebieten freiwillige Zusagen der Mitgliedsländer für ausreichend und will, dass Investitionsprogramme in diesem Feld eine „*rein nationale Angelegenheit*“ bleiben müssten. Die ÖVP ist regelmäßig gegen mehr Verpflichtungen im Naturschutz und lehnt auch das Renaturierungsgesetz ab.

Natur und Klima	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	NEOS
Biodiversität/Schutzgebiete: Verbindliche Ziele für alle EU-Länder beschließen	X	✓	X	✓	✓
Natur-Investitionen auf 50 Milliarden Euro in der EU erhöhen	?	✓	!	✓	!
Nachhaltige Lebensmittelsysteme schaffen	?	✓	X	✓	!
EU-Agrarpolitik naturverträglich reformieren	X	✓	X	✓	!
Flüsse, Seen und Grundwasser in der EU besser schützen	?	✓	!	✓	✓
EU-Gesetz gegen Entwaldung auf Savannen ausweiten	?	✓	X	✓	✓

✓	Stimmt mit WWF-Forderungen überein	X	Stimmt nicht überein
!	Stimmt teilweise überein	?	Antwort verweigert bzw. unklar

² Europäische Klimarisikobewertung, März 2024. <https://www.eea.europa.eu/de/highlights/europa-ist-nicht-auf-die>

³ „Ein Grünes Sicherheitsnetz für Österreich“ - WWF-Positionspapier zu natürlichen Schutzmaßnahmen, Jänner 2024. https://www.wwf.at/wp-content/uploads/2023/12/WWF-Positionspapier_Natuerliche-Schutzmassnahmen_2024.pdf

EU-Schutz für Flüsse und Savannen verstärken

Relativ große Unterstützung findet der Schutz der europäischen Flüsse und Seen, von denen rund 60 Prozent sanierungsbedürftig sind. SPÖ, Grüne und NEOS unterstützen auf eine entsprechende WWF-Frage die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie und verlangen, dass die EU-Länder ihre Umsetzung beschleunigen müssen. Die FPÖ unterstützt in ihrer Antwort die Ziele der Richtlinie, ist aber der Meinung, dass die Mitgliedsländer für die Umsetzung mehr Zeit und Flexibilität benötigen würden. SPÖ, Grüne und NEOS möchten zudem auf Nachfrage den Kampf gegen Entwaldung verstärken, indem der Geltungsbereich des EU-Waldschutzgesetzes auf Savannen und Grasländer erweitert wird - einschließlich des gefährdeten brasilianischen Cerrado. Denn die artenreichste Savanne der Welt - fünf Prozent aller Arten sind hier vertreten - ist durch Soja-Monokulturen bedroht, deren Erträge für die Tierhaltung nach Europa exportiert werden. Anders als die anderen antwortenden Parteien will die FPÖ den Geltungsbereich des Gesetzes nicht erweitern, sondern reformieren, weil sie zu viel Bürokratie und Wettbewerbsnachteile für die europäische Wirtschaft fürchtet.

EU-Agrarpolitik reformieren

In der EU-Budgetperiode 2021 bis 2027 umfasst die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) rund ein Drittel aller EU-Ausgaben. Es handelt sich um ein Budget von knapp 380 Milliarden Euro - davon 290 Milliarden Euro an Direktzahlungen. Daher hat der WWF nach den Positionen für die nächste GAP-Reform gefragt: SPÖ und Grüne verpflichten sich in ihrer Antwort, die GAP im Einklang mit der [EU-Farm-to-Fork-Strategie](#) und dem Green Deal zu überarbeiten. Diese Parteien unterstützen auch die „schrittweise Abschaffung der Direktzahlungen“ bei gleichzeitiger Umwidmung von EU-Mitteln zur Unterstützung der Landwirte beim Übergang zu einem nachhaltigeren Lebensmittelsystem. Denn das aktuelle System ist laut wissenschaftlichen Studien reformbedürftig und führt dazu, dass zehn Prozent der Empfänger mehr als die Hälfte der Gelder erhalten, wie eine [Rechercheplattform](#) aufgedeckt hat. Die NEOS sind in ihrer Replik ebenfalls für eine größere GAP-Reform, aber nicht für die vollständige Abschaffung der Flächenzahlungen pro Hektar, *„weil diese auch dazu dienen, Leistungen der Landwirtschaft abzugelten, die zwar einen öffentlichen Mehrwert schaffen, aber am Markt nur unzureichend eingepreist werden können“*. Die Grünen plädieren für eine generelle Ökologisierung: *„Der gesellschaftliche Mehrwert einer GAP-Maßnahme soll im Vordergrund stehen – das sind in erster Linie Beiträge zum Klima- und Biodiversitätsschutz, aber auch Tierschutz, eine höhere Resilienz des Lebensmittelsystems (...) oder die regionale Wertschöpfung“*. Die SPÖ sieht in ihrem Kommentar ein *„sozial- und klimagerechtes Agrarfördersystem als Chance für die Bäuerinnen und Bauern und für die gesamte Gesellschaft“*. Die ÖVP plädiert öffentlich für den Erhalt der Flächenzahlungen in der ersten Säule der GAP, weil diese zum Beispiel ein *„Stabilitätsfaktor für bäuerliche Familienbetriebe“* seien. Daran hält auch die EVP fest, die in ihrem Manifest für eine größere Flexibilität der Mitgliedsländer und für weniger Bürokratie eintritt. Laut bisherigen Stoßrichtungen bedeutet das aber häufig auch die Schwächung von Umweltstandards. Die FPÖ wiederum plädiert in ihrer Antwort für eine Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik, aber explizit nicht im Einklang mit dem Green Deal und der „Farm-to-Fork“-Strategie. Konkret schlagen die Freiheitlichen eine Abkehr vom derzeitigen Modell der Direktzahlungen vor: *„Ein alternatives Modell ist die Schaffung eines Sockelbetrages für die ersten 20 Hektar und für die Flächen darüber eine degressive Förderung, die bei 100.000 Euro gedeckelt wird“*. Flankiert werden solle dies mit einer Sockelförderung pro Arbeitskraft und einem Bonus für die traditionelle Berglandwirtschaft.

Faire und gerechte Transformation („Just Transition“)

Relativ große Einigkeit gibt es bei der WWF-Frage nach der Gestaltung der Transformation zur Klimaneutralität. SPÖ, Grüne und NEOS unterstützen „die Einführung weiterer groß angelegter EU-Investitionsprogramme, um einen gerechten und fairen Übergang zu erleichtern“. Auch die EVP verweist in ihrem Wahl-Manifest auf *„einen starken finanziellen Beitrag der EU, um unsere Netto-Null-Industrie- und Umweltambitionen zu unterstützen, damit Europa im globalen Wettbewerb bestehen kann, und um sicherzustellen, dass dieser wirtschaftliche Wandel niemanden zurücklässt“*. Nur die FPÖ beantwortet die Frage zum Thema des gerechten und fairen Übergangs mit Nein, denn es bestehe *„insgesamt die Notwendigkeit, die Ausgabenpolitik der EU zu überdenken“*. Vielmehr brauche es gezieltere Investitionen in Bereiche wie die Digitalisierung, Infrastruktur oder den Wiederaufbau der europäischen Arzneimittelproduktion.

Die SPÖ schreibt konkret in ihrer Antwort an den WWF: „*Ein gerechter und fairer Übergang ist die Grundvoraussetzung für die notwendige Akzeptanz zahlreicher Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung. Niemanden zurückzulassen bedeutet unter anderem eine Jobgarantie mit würdevoller Arbeit für jene Bereiche, in denen der sozial-ökologische Umbau zu tiefgreifenden Veränderungen führt*“. Die NEOS verweisen auf die künftigen neuen finanziellen Mittel der EU aus dem Emissionshandelssystem, dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und der Steuer auf multinationale Unternehmen: „*Diese sollen nicht einfach im Budget versickern, sondern zur Gänze in Zukunftsinvestitionen fließen. Insbesondere Investitionen in die gemeinsame Energieinfrastruktur stellen dabei europäische öffentliche Güter dar*“, argumentieren die Liberalen. Aus Sicht der Grünen „*gehen die soziale Frage und die Klimafrage Hand in Hand*“. Es brauche daher „*Unterstützungen im Sinne von Wissens- und Technologietransfers, sowie Energiespar- und Sanierungsprogramme, sodass Regionen direkt auf saubere Prozesse umsteigen können*“.

WWF-Empfehlungen anlässlich der Europawahl 2024

Die Politik sollte den Green-Deal unbedingt verstärken, damit wir die Klimakrise und den Verlust der Artenvielfalt eindämmen können. Ansonsten hätte Europa mitten in dieser Zwillingskrise keinen Plan und keine Strategie. Das wäre ein fatales Signal, auch im globalen Kontext. **Deshalb ruft der WWF alle Parteien dazu auf, den Einsatz für unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt ihrer Agenda zu stellen. Entscheidend für den Erfolg ist ein umfassender Ansatz, der alle Instrumente richtig einsetzt - von klaren gesetzlichen Regeln über finanzielle Anreize bis zum Fördern neuer Ansätze, die einen sozialen Ausgleich und ein Wirtschaften im Einklang mit den planetaren Grenzen ermöglichen.** Das hilft nicht nur der Umwelt und der Landwirtschaft, sondern sichert auch Arbeitsplätze und fördert die langfristige Wertschöpfung von Unternehmen in Europa. Denn letztendlich sind alle Bereiche von einer intakten Natur und einem lebenswerten Klima abhängig. Ein starkes Europaparlament spielt dafür eine Schlüsselrolle.

Konkret fordert der WWF, dass die Europäische Union bis spätestens 2040 klimaneutral werden sollte und dafür schnellstmöglich aus allen fossilen Energieträgern (Kohle, Öl und Gas) aussteigt. Zusätzlich muss die Politik Maßnahmen ergreifen, um unsere Natur zu schützen und wiederherzustellen. Dazu gehören Programme zum Schutz des Bodens sowie die Renaturierung von Flüssen, Feuchtgebieten und Wäldern. Besonders wichtig ist es, den viel zu hohen Energie- und Ressourcenverbrauch einzudämmen. Gleichzeitig muss eine Finanzwende stattfinden: Umweltschädliche Subventionen müssen auslaufen, während mehr Geld in den Klima- und Naturschutz investiert wird und die Politik einen sozial gerechten Übergang sicherstellt.

Die detaillierten Empfehlungen des WWF European Policy Office (EPO) zu den Themen Klima, Energie, Natur und Finanzen sind online unter <https://elections.wwf.eu> abrufbar.

WWF-Umfrage: Detaillierte Fragen und Antworten der Parteien im Überblick

Der WWF hat die Parteien Anfang Dezember 2023 europaweit eingeladen, einen Fragebogen mit mehreren vorgegebenen Antwortmöglichkeiten sowie eigenen Stellungnahmen auszufüllen. In Österreich haben SPÖ, FPÖ, Grüne und NEOS alle 15 Fragenblöcke transparent beantwortet, während die ÖVP mit Stand 20. März 2024 keine eigenen Antworten übermittelt hat. Daher basiert die Einstufung der Volkspartei auf einer Analyse ihrer Positionen und dem Wahlprogramm ihrer EU-Fraktion im Europäischen Parlament, sofern daraus Antworten auf die gestellten Fragen ablesbar sind⁴. [Die detaillierten Umfrage-Antworten aller antwortenden Parteien stehen auf der WWF-Webseite zum Download bereit.](#)

⁴ Die Europäische Volkspartei (EVP) ist derzeit die größte Fraktion im EU-Parlament und ihre Positionen haben Gewicht, weshalb das EVP-Wahlprogramm auch bei der künftigen inhaltlichen Einordnung der ÖVP hilft. Zwar hat die ÖVP dem Wahlprogramm ihrer Parteilinie beim EVP-Kongress nicht zugestimmt, aber die öffentlich erwähnten Gründe dafür waren im WWF-Fragebogen kein Thema.

Detaillierte Fragen und Antwort-Zuordnungen

Die folgende Übersichtstabelle zeigt die detaillierten Fragen sowie eine Zuordnung der Parteien in vier Kategorien. Im Fragebogen konnten die Parteien aus mehreren Antwortoptionen wählen, damit eine konkrete Einordnung möglich ist, und diese mit eigenen Aussagen erläutern.

	Stimmt mit WWF-Forderungen überein		Stimmt nicht überein
	Stimmt teilweise überein		Antwort verweigert bzw. unklar

Green Deal und Klima

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	NEOS
Setzt sich Ihre Partei dafür ein, den Europäischen Green Deal in den nächsten fünf Jahren aufrechtzuerhalten, indem sie seiner Umsetzung höchste Priorität einräumt und zusätzliche und stärkere EU-Klima- und Umweltvorschriften unterstützt, um die mit dem Green Deal eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen?					
Erreichen der EU-Klimaneutralität bis 2040 im EU-Recht verankern					
Festlegung kurzfristiger und rechtlich verbindlicher EU-Zieltermine für den Ausstieg aus der Nutzung von Kohle, Erdgas und Erdöl					
Subventionen für fossile Brennstoffe und andere umweltschädliche Subventionen zugunsten eines grünen Übergangs umlenken, wobei der Schwerpunkt auf der Unterstützung sozial benachteiligter Menschen und wichtiger Wirtschaftssektoren liegt					
Beschluss eines neuen Rahmens, der aus legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen zur Förderung der Klimaresilienz besteht, um die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme zu stärken und unsere Gesellschaft vor klimabedingten Gefahren zu schützen					

Natur und Umwelt		ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	NEOS
Einsatz für den Schutz von Schutzgebieten und das Erreichen der Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie sowie des Globalen Rahmens für die biologische Vielfalt, indem freiwillige Zusagen in rechtsverbindliche Ziele für alle EU-Länder umgewandelt werden	X	✓	X	✓	✓	
Erhöhung der europäischen und nationalen Investitionen in die Natur auf mindestens 50 Milliarden Euro jährlich	?	✓	!	✓	!	
Beschluss neuer Rechtsvorschriften, die umfassende und wissenschaftlich fundierte quantitative Ziele festlegen, um die Nachhaltigkeit in der Lebensmittelversorgungskette zu verbessern	?	✓	X	✓	!	
Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Einklang mit der "Farm-to-Fork"-Strategie und dem Europäischen Green Deal sowie die Neuausrichtung der Unterstützung für Landwirtinnen und Landwirte bei der Umstellung auf agrarökologische Verfahren	X	✓	X ⁵	✓	!	
Die Mitgliedstaaten sollen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Erreichen des in der EU-Wasserrahmenrichtlinie festgelegten Ziels eines guten Zustands von Flüssen, Seen und Grundwasser im Jahr 2027 zu beschleunigen	?	✓	!	✓	✓	
Auswirkungen der EU auf die Entwaldung verringern, indem die Ausweitung des Geltungsbereichs der EU-Verordnung über entwaldungsfreie Produkte auf andere bewaldete Flächen unterstützt wird, darunter Savannen und Grasländer	?	✓	X	✓	✓	
Finanzen, Energie, sozial gerechte Transformation		ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	NEOS
Aktuelle EU-Taxonomie um zwei Kategorien erweitern, die dazu beitragen, zwischen "intermediären" und "nicht nachhaltigen" Wirtschaftstätigkeiten zu unterscheiden - zusätzlich zu den bereits definierten "nachhaltigen" Tätigkeiten	?	!	X	✓	X	
Anteil Erneuerbarer Energien am EU-Gesamtenergieverbrauch bis 2040 auf 100 Prozent erhöhen - verankert im EU-Recht	X	!	X	✓	!	
Aushebelung der Umweltschutzbestimmungen in der Richtlinie über Erneuerbare Energien rückgängig machen und sicherstellen, dass wir die Klima- und Biodiversitätskrise parallel angehen	X	!	✓	!	!	
Just transition: Einsatz für einen gerechten und fairen Übergang durch umfangreiche EU-Investitionen in ein Energiespar-, Sanierungs- und Umschulungs- bzw. Wiederbeschäftigungs-Programm	✓	✓	X	✓	✓	
✓	Stimmt mit WWF-Forderungen überein		X	Stimmt nicht überein		
!	Stimmt teilweise überein		?	Antwort verweigert bzw. unklar		

⁵ Die FPÖ plädiert - wie im Kapitel zur Agrarpolitik erwähnt - für eine Überarbeitung der GAP, lehnt aber Green Deal und Farm-to-Fork-Strategie generell ab und hat diese auch aus ihrer Antwortoption gestrichen, daher wird sie hier als nicht übereinstimmend eingestuft.

Für weitere Informationen

Mag. Volker Hollenstein
Politische Leitung
WWF Österreich
volker.hollenstein@wwf.at



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung
stoppen und eine Zukunft gestalten,
in der Mensch und Natur in Einklang
miteinander leben.

together possible

wwf.at

Umweltverband WWF Österreich (WORLD WIDE FUND FOR NATURE)
Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
ZVR-Zahl: 751753867
wwf@wwf.at | www.wwf.at